

BUND: Zweifel bleiben bestehen

Mineralstoff-Behandlung: Schutz von Umwelt und Bevölkerung vor wirtschaftlichen Interessen

Buchen. Auch nach dem zweiten Tag der Erörterung zur geplanten Mineralabfallbehandlungsanlage in Buchen (MBB) hält der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Regionalverband Rhein-Neckar-Odenwald, Kritik an der geplanten Anlage aufrecht.

Zum bisherigen Verfahrensstand erklärte Regionalgeschäftsführer Matthias Weyland in einer Pressemitteilung: „Die Antragsteller konnten unsere Zweifel auch bei der direkten Befragung in vielen Punkten nicht ausräumen. Wir erwarten, dass das Regierungspräsidium Karlsruhe den Ermessensspielraum größtmöglich ausnutzt und den Schutz der Bevölkerung und Umwelt zentral in den Vordergrund stellt. Für uns bedeutet das, dass die Anlage in der beantragten Form nicht genehmigungsfähig ist.“

Die bisherigen Hauptkritikpunkte des BUND liegen bei den Emissionen sowie bei der geplanten Verwertung von gefährlichen giftigen Stäuben. „Die Betreiber AWN und Ecosoil scheinen bislang aus rein wirtschaftlichen Gründen stauendes Material im Außenbereich lagern zu wollen, anstatt in einem Teil der leerstehenden Betriebshalle. Auch scheinen die Betreiber auf die beantragte Verarbeitung von hochgiftigen Stäuben allein aus ökonomischen Aspekten nicht verzichten zu wollen. Das kann nicht sein“, erläutert Weyland.

Der Auffassung, dass die Zusatzbelastungen an allen wesentlichen Beurteilungspunkten irrelevant seien, wird vom BUND entschieden widersprochen. Im näheren Umfeld der Anlage überschreiten die Belastungen der geplanten Anla-

ge bei Stäuben und Schwermetallen die Irrelevanzschwellen erheblich. Diese Belastungen werden zum größten Teil durch die Lagerung der Abfälle vor der Halle verursacht.

Weitere Kritikpunkte liegen in der Kontrolle der Abluftströme auf Schadstoffe sowie der analytischen Überprüfung der gelieferten Abfallstoffe. Die Betreibergesellschaften AWN und Ecosoil planen, mittels der gemeinsamen Mineralstoffbehandlung Buchen eine Anlage zur Behandlung und Lagerung von Mineralabfällen zu errichten. Hier sollen pro Jahr bis zu 120 000 Tonnen mineralische Stoffe verarbeitet, zwischengelagert und deponiert werden. Beantragt wurden laut BUND unter anderem auch schwermetallhaltige Stoffe wie Cadmium, Blei, Quecksilber, Kobalt und andere.